

Tom Koenigs

(A)

(C)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 19 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Kerstin Griese, Dr. Eva Högl, Michael Roth (Heringen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Nationales Reformprogramm 2012 muss soziale Ziele der Strategie „Europa 2020“ berücksichtigen

– Drucksache 17/9154 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)

Ausschuss für Arbeit und Soziales

(B)

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Haushaltsausschuss

Federführung strittig

(D)

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die **Reden** zu diesem Tagesordnungspunkt **zu Protokoll** zu geben.¹⁾

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/9154 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Die Federführung ist jedoch strittig. Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP wünschen Federführung beim Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. Die Fraktion der SPD wünscht Federführung beim Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Ich lasse zuerst über den Überweisungsvorschlag der Fraktion der SPD, also Federführung beim Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, abstimmen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Überweisungsvorschlag ist abgelehnt.

Ich lasse nun über den Überweisungsvorschlag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, Federführung beim Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, abstimmen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Überweisungsvorschlag ist angenommen.

¹⁾ Anlage 12

(A) nicht alle Lissabon-Ziele erreicht. Die Mitgliedstaaten (C) haben nicht immer an einem Strang gezogen. Es gab durchaus unterschiedliche Interessen. Leistungsstarke Mitgliedstaaten drängten auf Reformen. In anderen Staaten gab es erhebliche Umsetzungsrückstände. Hinzu kamen neue Herausforderungen: die Finanzkrise von 2008, die Wirtschaftskrise, die Schuldenkrise. Die Krisen waren ein Weckruf für Europa.

Das Jahr 2010 musste daher für einen entschlossenen Neuanfang stehen. Die Lissabon-Strategie wurde abgelöst durch die Strategie „Europa 2020“. Sie beschreibt die aktuelle Strategie für Wachstum in Europa. Drei Prioritäten werden gesetzt: Intelligentes Wachstum, nachhaltiges Wachstum, integratives Wachstum. Alle drei verstärken die Vision der europäischen sozialen Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts. Deshalb gab es auch strategische Änderungen. Bislang wurden Maßnahmen immer erst im Nachhinein auf ihre Wirksamkeit überprüft. Im Rahmen des Europäischen Semesters verpflichten sich alle Mitgliedstaaten bis April des laufenden Jahres, ihre Beiträge zur Wachstumsstrategie 2020 zu liefern. Es findet ein Dialog statt. Das ist ein positives und konstruktives Element. Europa zieht damit die Konsequenzen aus mangelnder Haushaltsdisziplin und hoher Verschuldung einzelner Staaten. Die finanzpolitischen Prozesse des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und die wirtschaftspolitischen Prozesse um die EU-2020-Strategie werden zeitlich angeglichen und zusammengeführt. Das Semester ist quasi ein Instrument der vorbeugenden Überwachung.

(B) Es läuft alles nach einem festen Zeitplan ab und beginnt mit der Vorlage des Europäischen Jahreswachstumsberichtes zu Jahresbeginn. Im Frühjahr werden die nationalen Ziele und Reformpläne der einzelnen Mitgliedstaaten der Kommission vorgelegt. Sie werden von der Kommission analysiert und bewertet. Daraus folgen die sogenannten Empfehlungen des Rates. Hier sind im Gegensatz zu den Maastricht-Kriterien keine Sanktionen vorgesehen. Bei den nationalen Reformprogrammen gilt das Prinzip der Freiwilligkeit – mit allen Vor- und Nachteilen. Aber die Mitgliedstaaten wissen um ihre gemeinsame Verantwortung. (D)

Anlage 12

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung des Antrags: Nationales Reformprogramm 2012 muss soziale Ziele der Strategie „Europa 2020“ berücksichtigen (Tagesordnungspunkt 19)

Lena Strothmann (CDU/CSU): Wir alle wollen ein starkes und sicheres Europa und setzen uns daher auch vehement für die gemeinsame Währung ein. Wir wollen nicht weniger Europa, sondern mehr Europa. Europa ist ein großer Wirtschaftsraum. Wir stehen in Konkurrenz zu anderen Wirtschaftsräumen: USA, Japan, die BRIC-Staaten.

Es war auch schon Ziel der Lissabon-Strategie im Jahr 2000, Europa – die EU der 15 – zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“. Es wurden leider

Am Beispiel des Euro-Plus-Paktes ist erkennbar, wie flexibel auch bei aktuellen Ereignissen reagiert werden kann. Das deutsche Aktionsprogramm zum Euro-Plus-Pakt haben wir in unser Reformprogramm integriert. Vor allem ist die Haushaltskonsolidierung in den europäischen Staaten als Hauptaufgabe erkannt. Unsere deutschen Regierungsvorhaben sind im aktuellen Nationalen Reformprogramm zusammengestellt. Die Bewertung des ersten Programms von 2011 war überaus positiv. Auch das vorgelegte Programm 2012 überzeugt. Die Bundesländer, Verbände und Sozialpartner waren beteiligt. Die Antworten auf die Herausforderungen können sich wirklich sehen lassen. Alles in allem bietet es eine ziemlich komplette Übersicht über die Maßnahmen der christlich-liberalen Koalition. Schauen Sie sich doch auch den Anhang an. Hieran wird die Vernetzung unserer Politik mit den europäischen Zielen und der EU-2020-Strategie deutlich. Viele Bereiche, von Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bis hin zu Bildung und

- (A) Ausbildung, Haushaltskonsolidierung und Forschung und Entwicklung, sind aufgeführt. Wir leisten hier Beiträge für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa.

Der SPD-Antrag hierzu ist daher überflüssig. Er suggeriert, die sozialen Ziele seien unterrepräsentiert. Das trifft jedoch eindeutig nicht zu. Denn die Analyse der fünf Kernbereiche der 2020-Strategie zeigt: Die von der EU bis 2020 angestrebte Beschäftigungsquote von 75 Prozent haben wir auf nationaler Ebene bereits 2010 fast erreicht. Wir sind zuversichtlich, dass wir unser hochgestecktes Ziel von 77 Prozent erreichen werden. Die EU strebt bis 2020 im Bereich der Innovation die Quote von 3 Prozent auf Basis des BIP an. Auch das haben wir in Deutschland fast erreicht. 2010 betrug unsere Quote bereits 2,82 Prozent. Unser nationales Ziel heißt 10 Prozent bis 2015. Beim Klimaschutz sind wir Vorreiter in Europa. Das von der EU gesetzte Ziel von 20 Prozent Emissionseinsparung haben wir auf 40 Prozent erhöht, bis 2050 sogar auf 80 Prozent.

Eine große Herausforderung liegt im Bereich Bildung: Die Schulabbrecherquote soll bis 2020 unter 10 Prozent liegen, 40 Prozent der Abgänger sollen einen Hochschulabschluss erreichen. In Deutschland lag 2010 die Schulabbrecherquote bei 11,9 Prozent. Wir werden unser nationales Ziel in jedem Fall erreichen. Einer Hochschulquote stehe ich grundsätzlich skeptisch gegenüber. Ich betone immer die hohe Bedeutung der dualen Ausbildung, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Schließlich brauchen wir im gewerblich-technischen Bereich auch

- (B) Arbeits- und Führungskräfte.

Im Bereich Armut/soziale Eingliederung gibt es unterschiedliche Ansichten über die zu treffende Definition. Unser Indikator Langzeitarbeitslosigkeit ist geeignet; das steht fest. Die Verringerung um 20 Prozent bis 2020 ist unser nationales Ziel.

Unsere Ausgangslage in Deutschland ist somit sehr gut. Die Gesamtkonjunktur zeigt gute Wachstumsquoten. Das ist eine Erfolgsbilanz, die sich sehen lassen kann. Die Erwartung für 2012 beschreibt ein Plus von 0,7 Prozent beim Bruttoinlandsprodukt. Nach Überwindung der angekündigten Delle im Winter wird für 2013 mit einem Plus von 1,6 Prozent gerechnet. Hinzufügen möchte ich, dass das Handwerk bereits im laufenden Jahr 1,5 bis 2 Prozent erwartet. Das freut mich ganz besonders.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland wird auch in 2012 auf ein neues Rekordhoch zusteuern. 41,3 Millionen Menschen werden dann erwerbstätig sein, und das überwiegend in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen. Die Zahl der Arbeitslosen wird mit größter Wahrscheinlichkeit unter 3 Millionen liegen.

Aufschlussreich ist auch die Betrachtung der Jugendarbeitslosigkeit. Deutschland hat wegen seines dualen Ausbildungssystems eine deutlich geringere Jugendarbeitslosigkeit als die anderen europäischen Staaten. Zurückzuführen ist unser Rückgang in Deutschland auch auf die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen bei

- Jugendlichen, seit dem letzten Ausbildungspakt auch besonders bei jungen Menschen ohne Schulabschluss. (C)

Die Zukunft der Jugend wird auch von unserer heutigen Politik bestimmt. Vor allem die Schuldenbremse wird wirken. Wir sollten alles daran setzen, den Zeitpunkt, an dem wir ohne Neuverschuldung auskommen, möglichst früh zu erreichen.

Es ist nicht mehr nachvollziehbar, wie die rot-grüne Minderheitsregierung in NRW die Neuverschuldung munter hochgetrieben hat. Die Bürger werden ihr dafür die Quittung ausstellen. Wer die Schuldenbremse ablehnt und stattdessen Steuererhöhungen plant, wird bei Wachstum, Beschäftigung und sozialer Gerechtigkeit keine Erfolge erzielen, weder in Europa noch in Deutschland. Dass es auch anders und erfolgreich geht, zeigt die christlich-liberale Koalition.

Wir hoffen sehr, dass Deutschland als Motor und auch als Vorbild für andere Länder gilt. Denn nur wenn alle mitmachen, kann die Strategie Europa 2020 insgesamt erfolgreich sein.

Dieter Jasper (CDU/CSU): Der Europäische Rat hat im Juni 2010 die Strategie „Europa 2020“ verabschiedet. Der Kurzfristigkeit politischer Entscheidungen sollen mittel- und längerfristige Strukturreformen gegenübergestellt werden. Weniger Krisenmanagement und mehr vorausschauende Planung heißt die Devise.

Diese europäische Strategie wird durch ein jährlich vorzulegendes Nationales Reformprogramm, NRF, umgesetzt. Auch Deutschland muss regelmäßig erläutern, wie die Verpflichtungen aus der europäischen Ebene in nationale Politik umgesetzt werden. (D)

Das jetzt vom Bundeskabinett verabschiedete NRF 2012 belegt, dass Deutschland einen erheblichen Beitrag für mehr Stabilität, Wachstum und Beschäftigung in Europa leistet. Folgende Zahlen belegen das sehr anschaulich: Die Zahl der Beschäftigten ist so hoch wie nie zuvor. Bereits im Jahr 2010 gingen fast 75 Prozent der deutschen Bevölkerung einer Beschäftigung nach. Die Zahl der Langezeitarbeitslosen sank im Bundesdurchschnitt im Vergleich zum Jahr 2008 um 15 Prozent. Investitionen in Forschung und Bildung steigen kontinuierlich. Die Energiewende stellt eine in dieser Form nirgendwo auf der Welt zu findende Neuorientierung hin zu einer umwelt- und klimafreundlichen Energieversorgung dar. Dies ist gerade für Deutschland als eine der führenden Industrienationen eine besondere Herausforderung. Der Anteil der Deutschen mit Hochschulabschluss – oder vergleichbarer Ausbildung – liegt über der EU-Zielvorgabe.

Die vereinbarten Kernziele – erstens Förderung der Beschäftigung, zweitens Verbesserung der Bedingungen für Innovation sowie für Forschung und Entwicklung, drittens Reduktion der Emissionen, Ausbau der erneuerbaren Energien und Verbesserung der Energieeffizienz, viertens Verbesserung des Bildungsniveaus, fünftens Verringerung von Armut und Ausbau sozialer Eingliederungsmöglichkeiten – werden also nicht nur erreicht, sondern die Zielmarken werden sogar überschritten.

- (A) Ein wichtiges Ziel dieses Paktes ist die Sicherung und die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Staaten. Nur so können Wachstum und Beschäftigung generiert werden.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Sicherung der öffentlichen Finanzen. Die deutsche Schuldenregel bzw. Schuldenbremse verpflichtet die Bundesregierung zum Sparen und stellt zunächst auf den Abbau der Neuverschuldung bis spätestens zum Jahr 2016 ab. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass wir unser eigentliches Ziel erreichen können, nämlich die bereits bestehende Verschuldung abzubauen.

Diese beeindruckenden Zahlen und die erheblichen Anstrengungen von Bürgern, Wirtschaft und Politik bei der Erfüllung der nationalen und europäischen Zielvorgaben lassen die Vertreter der SPD dennoch nicht ruhen. Statt sich über das Erreichte zu freuen und mit an einer weiteren Stärkung des Standorts Deutschland zu arbeiten, wird mit dem Antrag „Nationales Reformprogramm 2012 muss soziale Ziele der Strategie „Europa 2020“ berücksichtigen“ suggeriert, dass angeblich soziale Aspekte bei diesem Reformprogramm nicht berücksichtigt werden. Dies ist schon im Grundsatz falsch. Die beste Sozialpolitik ist die, wenn wir aufhören, auf Kosten unserer Kinder zu leben. Der Abbau der immensen Staatsverschuldung, die wir nicht zuletzt mit der Aufnahme der Schuldenregel in die Verfassung nachhaltig angehen, ist meines Erachtens einer der wichtigsten Schritte hin zu einem sozial gerechten Staat.

- (B) Die SPD kritisiert, dass sich die Bundesregierung auf die Reduzierung der Neuverschuldung konzentriert, und fordert stattdessen einen weiteren Ausbau der Sozialsysteme. Abgesehen davon, dass man die Bereiche „Soziale Sicherung“ und „Öffentliche Finanzen“ nicht gegeneinander ausspielen kann, ist die Finanzierung dieser Sicherungssysteme schon heute nur unter größten Mühen und nur mit staatlicher (Teil-)Finanzierung möglich. Ein weiterer Ausbau würde nicht nur die Beitragszahler belasten, sondern auch die staatliche Verschuldung in neue Höhen treiben, da schon heute die Sozialkassen nur durch erhebliche Mittel aus dem Steueraufkommen überlebensfähig sind. Die deutsche Wirtschaftspolitik mit ihrem Fokus auf solide Staatsfinanzen hat sich als äußerst wirkungsvoll erwiesen, wie die ökonomischen Kennzahlen unseres Landes eindrucksvoll belegen.

Auch das Thema Mindestlohn wird angesprochen. Dieser soll die angebliche „soziale Spaltung“ in Deutschland beenden und für sozialen Frieden sorgen. Die Union lehnt einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn für unser Land weiterhin ab. In erster Linie befürchten wir den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze, wenn Lohnfestsetzung politisch motiviert durchgeführt und nicht nach ökonomischen Kriterien festgelegt wird. Wir vertrauen weiterhin auf die seit vielen Jahren bewährte Tarifautonomie. Die zwischen den Tarifpartnern verhandelte Lohnfindung ist in den vergangenen Jahren Grundlage und Voraussetzung für sozialen Frieden und nachhaltigen Wohlstand gewesen. In tariffreien Bereichen ist eine Lohnuntergrenze denkbar, die dann aber

- auch von den Tarifpartnern ausgehandelt und gefunden werden muss. (C)

Unser Land ist in den letzten Jahren gut mit einer derartigen Lohnfindung gefahren. Die Arbeitslosigkeit sinkt beständig und liegt zwischenzeitlich unter 3 Millionen Menschen. Im Gegenzug steigt der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung und liegt jetzt über 40 Millionen Menschen. Da von „Zunahme der sozialen Spaltung in Deutschland“ zu sprechen, ist schon ungeheuerlich.

Im Weiteren werden die bekannten ideologisch motivierten Lösungsansätze und Instrumente der SPD aufgeführt, die schon in der Vergangenheit in Deutschland keine oder nur eine schlechte Wirkung gezeigt haben.

Im Sinne der von uns befürworteten sozialen Marktwirtschaft werden von uns nur die Rahmenbedingungen gesetzt. Direkte und dirigistische Eingriffe in den Markt sollten nur im Ausnahmefall erfolgen und nicht die Regel sein.

Alles in allem bleibt festzuhalten: Deutschland erfüllt seine nationalen und europäischen Verpflichtungen. Dies gilt insbesondere für die Umsetzung der Kernziele der EU. Die von der SPD aufgestellten Forderungen sind irreführend und überflüssig. Wir sollten weiter auf dem erfolgreichen Weg der unionsgeführten Bundesregierung gehen.

Kerstin Griese (SPD): Die Bundesregierung hat eine Chance vertan. Die Idee der Strategie „Europa 2020“ beinhaltet, dass die Zivilgesellschaft intensiv und umfassend an der Verwirklichung der Ziele von „Europa 2020“ beteiligt wird. Dazu gehört, dass die Ideen der Verbände und Sozialpartner bei der Formulierung des Nationalen Reformprogramms berücksichtigt werden. Die Bundesregierung aber war unfähig, den Entwurf des Nationalen Reformprogramms 2012 so frühzeitig zur Kenntnis zu geben, dass sich diese Partner ausführlich mit dem Programm hätten beschäftigen können. Stattdessen hatten die Verbände der freien Wohlfahrtspflege und der Kommunen lediglich wenige Tage Zeit, um sich zu dem 90-seitigen Nationalen Reformprogramm 2012 zu äußern. Diese kurzfristige Beteiligung wurde von den kommunalen Spitzenverbänden wortwörtlich als „äußerst ärgerlich“ bezeichnet. Fest steht, dass die Zivilgesellschaft nicht angemessen an der Formulierung des Nationalen Reformprogramms beteiligt wurde. Das ist angesichts der Bedeutung der Strategie „Europa 2020“ für die Zukunft Deutschlands und Europas ein eklatantes Versäumnis. Die Beteiligung der Partner wäre deshalb so wichtig gewesen, weil dadurch eine Rückkopplung zwischen der Ebene der Europäischen Union und der Zivilgesellschaft der Menschen in Deutschland geschaffen worden wäre. (D)

Das Nationale Reformprogramm ist aus dem Grunde so wichtig, weil es die Ziele der Strategie „Europa 2020“ umsetzen soll. Mit der Strategie „Europa 2020“ hat sich die Bundesregierung im Jahr 2010 verpflichtet, jedes Jahr bis April in ihrem Nationalen Reformprogramm darzulegen, mit welchen Maßnahmen sie die Ziele der Strategie „Europa 2020“ erreichen will.

(A) Das strategische Ziel von „Europa 2020“ ist es, „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ in der Europäischen Union zu generieren. Um dieses übergeordnete Ziel zu erreichen, hat sich die Europäische Union auf fünf Kernziele geeinigt, die sie bis 2020 verwirklichen möchte. Europa soll umweltfreundlicher werden, indem die Treibhausmissionen gesenkt, die erneuerbaren Energien gestärkt und die Energieeffizienz in der Europäischen Union gesteigert werden. Außerdem haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtet, im Jahr 2020 mindestens 3 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Innovation, Forschung und Entwicklung aufzuwenden.

Die soziale Dimension der Europäischen Union soll gestärkt werden, indem die Beschäftigungsquote in den Mitgliedstaaten gestärkt wird, sodass im Jahr 2020 mindestens 75 Prozent der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren einen Arbeitsplatz haben. Gleichzeitig sollen die Schulabbrecherquote auf unter 10 Prozent gesenkt und der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40 Prozent eines Jahrgangs angehoben werden, um das Bildungsniveau zu verbessern. Schließlich hat sich die Bundesregierung ebenso wie alle anderen Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union dazu verpflichtet, die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen bis zum Jahr 2020 um mindestens 20 Millionen zu senken.

(B) Die Bundesregierung hat aber das Nationale Reformprogramm 2012 – wie bereits im vergangenen Jahr – allein dazu genutzt, ihre Politik zu rühmen. Deutschland habe die Ziele der Strategie „Europa 2020“ nahezu erreicht. Deshalb bedürfe es keiner weiteren Anstrengungen; das ist der Grundtenor der Bundesregierung. Entsprechend dürftig ist der Inhalt des Nationalen Reformprogramms.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich in ihrem Antrag besonders auf die sozialpolitischen Ziele konzentriert. Denn Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Das soziale Europa ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehr wichtig. Deshalb will ich hier besonders das Ziel der Armutsreduktion nennen, um zu zeigen, dass die Bundesregierung weit davon entfernt ist, die Ziele der Strategie bereits erreicht zu haben. Zur Erinnerung: Die Anzahl der durch Armut und soziale Ausgrenzung gefährdeten Menschen in der Europäischen Union soll bis zum Jahr 2020 um mindestens 20 Millionen verringert werden. Die Bundesregierung hat sich dazu entschlossen, einen Beitrag zu diesem Ziel zu leisten, indem sie sich allein auf die Anzahl der Langzeitarbeitslosen in Deutschland konzentriert, die sie bis zum Jahr 2020 um 320 000 Menschen verringern will. Heute – im Jahr 2012 – gibt es in Deutschland über 1 Million Menschen, die mindestens zwölf Monate ohne Unterbrechung arbeitslos waren und damit als langzeitarbeitslos gelten. Eine Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit um 320 000 Personen bis zum Jahr 2020 hieße also erstens, dass im Jahr 2020 immer noch rund 700 000 Menschen länger als ein Jahr arbeitslos wären. Die Bundesregierung gibt sich also damit zufrieden, die Langzeitarbeitslosigkeit um lediglich ein Drittel zu verringern. Sie fin-

(C) det sich damit ab, dass 700 000 Menschen auch im Jahr 2020 noch von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen wären. Schon daran zeigt sich, dass die Bundesregierung weit davon entfernt ist, die Ziele der Armutsbekämpfung zu erreichen.

Wir müssen in Deutschland mehr tun, um Armut zu vermeiden und um Menschen aus Arbeitslosigkeit und Armut zu befreien. Das zeigt sich nicht nur an der Anzahl der Langzeitarbeitslosen, sondern auch an den Zahlen der europäischen Statistikbehörde Eurostat. Eurostat hat ermittelt, dass in Deutschland fast 16 Millionen Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Das Statistische Bundesamt sprach jüngst von 13 Millionen Menschen in Deutschland, die weniger als 60 Prozent des Durchschnitts zum Lebensunterhalt zur Verfügung haben. Laut Eurostat lebten im Jahr 2010 in unserem Land rund 3,7 Millionen Menschen, die unter erheblicher materieller Deprivation litten, also ihre Grundbedürfnisse nicht aus eigener Kraft befriedigen konnten. Die Bundesregierung hat in dieser Woche eingeräumt, dass Millionen Frauen Armut im Alter drohe, da sie heute nur geringfügig beschäftigt seien. 4,65 Millionen Frauen arbeiten derzeit in Minijobs, sodass sie nur geringe Rentenanwartschaften erwerben. Angesichts dieser Zahlen sind die im Nationalen Reformprogramm 2012 genannten Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Armut in Deutschland völlig unzureichend. Es ist dringend erforderlich, dass die Bundesregierung neben dem Indikator der Langzeitarbeitslosigkeit auch die anderen Armutsindikatoren der Europäischen Union berücksichtigt. Nur dann würde die Bundesregierung dem Ausmaß der Armut und sozialen Ausgrenzung in Deutschland gerecht. Nur dann wäre der Beitrag Deutschlands zur Verringerung der Armut in der Europäischen Union angemessen. (D)

Leider ignoriert die Bundesregierung den Handlungsbedarf im Bereich der Armutsbekämpfung seit langem. Schon das Nationale Reformprogramm des vergangenen Jahres beschränkte sich auf den Indikator Langzeitarbeitslosigkeit. Die Bundesregierung hat unsere damalige Aufforderung, mehr gegen Armut zu tun, ignoriert. Wenn schon der stärkste Mitgliedstaat der Europäischen Union der Verringerung der Armut einen solch geringen Stellenwert beimisst, ist zu fragen, warum andere Mitgliedstaaten, in denen die Armut und soziale Ausgrenzung ein weit höheres Ausmaß haben, mehr tun sollten. Die Bundesregierung geht hier mit schlechtem Beispiel voran.

Der *Spiegel* bezeichnete die Bundesregierung in dieser Woche als „Tunix-Regierung“. Das trifft den Nagel auf den Kopf. Im Kampf gegen Armut sind Bundeskanzlerin Merkel und ihr Kabinett ebenso untätig wie in den anderen Bereichen der Strategie „Europa 2020“. Bei der Beschäftigungsquote mag das quantitative Ziel, dass mindestens 75 Prozent der Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren einen Arbeitsplatz haben, statistisch fast erreicht sein. Es reicht aber nicht aus, auf das quantitative Ziel zu schauen. Zu fragen ist auch, wie die Beschäftigungsverhältnisse qualitativ aussehen. Diese Frage stellt sich die Bundesregierung jedoch nicht. Ihr geht es allein darum, statistisch gut auszusehen. Ob die

- (A) Menschen von ihrer Arbeit leben können, interessiert offenbar weder Frau Merkel noch Frau von der Leyen. Anderenfalls hätten sie längst einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt und die Leiharbeit anständig reguliert.

Meine Kritik am Nationalen Reformprogramm 2012 der Bundesregierung ließe sich fortsetzen. Trotz meiner Enttäuschung über die Reformprogramme der vergangenen beiden Jahre möchte ich meine Hoffnung äußern, dass die Bundesregierung die zu erwartende Kritik der Europäischen Kommission aufnehmen und ihr Nationales Reformprogramm verbessern wird. Unser Ziel ist, dass Europa auch ein soziales Gesicht hat und dass trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise sozialpolitische Standards und Ziele stärker berücksichtigt werden. Ich will sogar deutlich sagen: Gerade wegen der Krise dürfen wir uns nicht allein aufs Sparen verlassen, sondern müssen Wachstum unter sozialen Bedingungen gestalten.

- Andrej Hunko (DIE LINKE):** Spätestens seit den sogenannten Sozialreformen in Deutschland unter Gerhard Schröder, der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen, hat der früher einmal positiv besetzte Begriff Reform für viele Menschen in Deutschland einen bitteren Beigeschmack. Den Antrag der SPD-Fraktion „Nationales Reformprogramm 2012 muss soziale Ziele der ‚Strategie Europa 2020‘ berücksichtigen“ kann ich nur einen typisch sozialdemokratischen Antrag nennen, der leider nicht dazu beiträgt, die vorgeblich verfolgten sozialen Ziele zu erreichen. Das beginnt bereits bei dem grundlegenden Bezug zur Strategie „Europa 2020“, die meine Fraktion im Unterschied zur SPD abgelehnt hat. Denn diese Strategie setzt die offensichtlich gescheiterte Lissabon-Strategie nicht nur fort, sondern radikalisiert ihren neoliberalen Charakter auch noch. Aber mit den umzusetzenden Mitteln der Marktöffnung, des Sozialabbaus und der Deregulierung werden die auf geduldigem Papier geschriebenen wünschenswerten sozialen Ziele wieder nicht erreicht werden. Zur Umsetzung fokussiert „Europa 2020“ ausschließlich auf Wachstum durch Wettbewerb und marktbasierende Instrumente.

Der ungebrochene Fokus auf Beschäftigungsförderung durch beispielsweise größere Mobilität und Flexibilisierung der Beschäftigten ist kaum vereinbar mit dem Ziel der Armutsverringerung. Ihr Antrag spiegelt zwar die aktuelle Entwicklung in der Krisen-EU wieder, in der die „Schere zwischen Arm und Reich“ weiter auseinandergeht. Aber Sie vermeiden es, zu sagen, dass es die europäischen Austeritätspakete sind, die ganze Bevölkerungsteile in die Armut stoßen. Stattdessen reden Sie von der sozialen Dimension der EU als zentralem Teil des europäischen Gesellschaftsmodell, die in der Strategie „Europa 2020“ enthalten sei. Dabei wird das europäische Sozialstaatsmodell gegenwärtig durch den Fiskalpakt völlig infrage gestellt. Der EZB-Chef Draghi spricht gar davon, dieses Modell habe ausgedient.

Liebe Kollegen von der SPD, Sie sind offensichtlich noch heute stolz darauf, dass in Deutschland ein vorher kaum vorhandener Niedriglohnsektor massiv eingeführt wurde und die meisten Jobs in Deutschland heute pre-

- käre Jobs sind. So heißt es in Ihrem Antrag: „Aufgrund der von der SPD verantworteten Reformmaßnahmen der vergangenen Jahre ist Deutschland heute im europäischen Vergleich wirtschaftlich erfolgreich.“ Haben Sie noch nicht mitbekommen, dass der deutsche Niedriglohnsektor, das deutsche Lohndumping eine der Hauptursachen der Krise innerhalb der Euro-Zone ist, dadurch, dass in Deutschland als einzigem europäischen Land die Reallöhne gesunken sind und so die Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der Beschäftigten und auf Kosten schwächerer Volkswirtschaften in der Euro-Zone erhöht wurde? Die Einführung des Niedriglohnsektors in Deutschland durch Agenda 2010 und Hartz IV hat die Axt an die wirtschaftliche Integration Europas gelegt.

Die Forderungen, die Sie im Forderungsteil aufstellen, gehen für sich genommen zweifellos in die richtige Richtung. Aber Sie bleiben die Antwort auf die Frage schuldig, wie diese Forderungen unter den Bedingungen des Fiskalpaktes und auf Grundlage der EU-2020-Strategie verwirklicht werden sollen. Wie bei der Agenda 2010 werden auch die Mittel der Europa-2020-Strategie gnadenlos angewandt, nur um am Ende zu merken, dass die Ziele so nicht zu erreichen sind. Daher irren Sie auch, wenn Sie schreiben, dass die Bundesregierung der Strategie „Europa 2020“ offenkundig einen niedrigen Stellenwert beimisst. Vielmehr ist die europäische Wirtschaftspolitik der Regierungskoalition eine Weiterführung der neoliberalen Strategie der verkürzten Fokussierung auf Wettbewerbsfähigkeit und blindes Wachstum.

- Die Paradigmen in der EU müssen völlig anders gestellt werden. Der betriebswirtschaftliche Begriff der Wettbewerbsfähigkeit, der seit der Lissabon-Strategie aus dem Jahre 2000 zur Kernideologie europäischer Wirtschaftspolitik avanciert ist, eignet sich nicht als Ziel einer Volkswirtschaft. Europa muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Die neoliberalen Dogmen müssen durch soziale und ökologische Kriterien ersetzt werden. Ich fürchte, dass die schönen Forderungen in Ihrem Antrag am Ende Papier bleiben, wenn sich die strategischen Grundlagen der EU nicht ändern. Europa wird sozial sein, oder es wird nicht sein.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kauder sprach davon, dass Deutschland dank überdurchschnittlicher Wirtschaftsentwicklung vorangehen sollte. An Ihrem eigenen Maßstab gemessen, ist Ihr Nationales Reformprogramm ein Armutszeugnis. Mit der EU-2020-Strategie haben wir uns zum Ziel gesetzt: 20 Millionen Menschen weniger sollen von Armut und Ausgrenzung bedroht sein. 16 Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger sind deutsch. 16 Prozent von 20 Millionen sind 3,25 Millionen. Aber Herr Kauder sagt: Wir wollen vorangehen. Setzt sich die Bundesregierung also mehr als 3,25 Millionen als Ziel? Nein! 640 000 ist die kümmerliche Zahl, die diese Bundesregierung sich gerade noch zutraut. Auch bei der Sozialpolitik geht diese Regierung nicht voran. Sie machen Deutschland zum Schlusslicht in Europa.

Die Bundesregierung macht das Nationale Reformprogramm an dieser Stelle zum notorischen Rechtferti-

- (A) gungsprogramm. Sie rechnen vor, wie sie Langzeitarbeitslosigkeit reduzieren wollen. Landzeitarbeitslose sind auch leider oft arm. Die EU-Kommission hat dieses Ablenkungsmanöver aber schon letztes Jahr kritisiert; denn Langzeitarbeitslose sind nur ein kleiner Teil der über 16 Millionen von Armut bedrohten Menschen in Deutschland. 15 von 16 Millionen kommen dann aber bei Ihrer Zielsetzung schon nicht mehr vor. Das ist ein Skandal. Hier gehört dringend nachgebessert.

Dieser Fehler im Grundansatz Ihres Programms hat leider sogar System. Arbeit verhindert Armut, so lautet Ihr Rezept. Leider stimmt das immer öfter nicht. Ich zitiere aus dem Arbeitspapier der EU-Kommission zu Ihrem sehr ähnlichen Papier von letztem Jahr: „Obwohl immer mehr Menschen trotz Erwerbstätigkeit von Armut betroffen sind, wird dieses Thema nicht als Herausforderung eingestuft.“ Armut trotz Arbeit, das Problem ignorieren Sie einfach, sagt die mehrheitlich von Konservativen besetzte EU-Kommission. Kein Wunder, denn selbst unter konservativen Regierungen fällt Deutschland negativ auf. Sie verweigern sich Mindestlöhnen, die in Europa die Regel sind. Lassen Sie sich von Europa inspirieren. Statt Armut oder Lohnuntergrenzen brauchen wir Mindestlöhne überall in Europa.

Armut trotz Arbeit, das ist leider auch für viele Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter harte Realität. Herr Kauder hat aufgefordert, wir sollten zu rot-grünen Erfolgen stehen. Keine Angst, das tun wir. Vor allem sind wir aber auch bereit, aus Fehlern zu lernen. Mehr Leiharbeit hat teils zu mehr Beschäftigung geführt, teils aber auch feste Stellen ersetzt und Löhne gedrückt. Im Interesse der Beschäftigten und auch im Interesse Europas muss das beendet werden. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter verdienen den gleichen Lohn wie die Stammebelegschaft. Wir fordern: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. So geht soziales Europa.

- (B) Neben dem Ziel der Armutsbekämpfung verpflichtet uns die EU-2020-Strategie auf 75 Prozent Beschäftigungsquote. Sie sagen: Wir erreichen fast 77 Prozent. Da würde ich gerne wissen: Warum so bescheiden? Wer in Europa vorangehen will, sollte sein Ziel nicht danach aussuchen, was sich gut darstellen lässt, sondern mindestens danach, was bei ordentlicher Anstrengung möglich ist. Außerdem hält der Scheinerfolg keiner harten Überprüfung stand. Mehr Beschäftigung ist vor allem mehr atypische Beschäftigung, die eben nicht vor Armut schützt.

Ihr Programm spart an der falschen Stelle. Sie wollen nicht investieren, um den harten Kern der Arbeitslosigkeit anzugehen. Gleichzeitig schlägt die EU-Kommission bei den EU-Strukturfonds ganz im Rahmen der EU-2020-Strategie vor: Mindestens die Hälfte der Mittel soll für sozialpolitische Ziele ausgegeben werden. Ihre falschen Schwerpunkte stärken dabei meine Befürchtung. Sie wollen Mittel der EU verwenden, um ihre frischen Einschnitte bei der Arbeitsmarktpolitik ein bisschen zu ersetzen. Das wäre gegen die richtigen und nachhaltigen Ziele der EU-Förderung. So geht soziales Europa nicht. Seien sie europäischer als das!

- (C) Nur ein Beispiel, welche ihrer Kürzungen ich besonders falsch finde. Der Gründungszuschuss war eine Hilfe für Menschen, die sich aufmachen, selbstständig zu sein statt arbeitslos. Alle Analysen loben dieses Instrument. Gegen den vereinten Rat aller Expertinnen und Experten haben Sie den Gründungszuschuss als Anspruch gestrichen. Jetzt wird er nur noch halb so oft beantragt, wie er vorher genehmigt wurde. Das zeigt: Diese Bundesregierung kann erfolgreich gegen Arbeitslosigkeit sein, schon indem Sie ihre eigene Politik rückgängig macht.

Sträflich vernachlässigt wird im Beitrag dieser Regierung zum europäischen Semester die europäische Dimension. Mindestlöhne und bessere Sozialpolitik hier helfen nicht nur Menschen in Deutschland. Mehr Kaufkraft auf dem deutschen Binnenmarkt könnte auch die riesigen Leistungsbilanzungleichgewichte zwischen den EU-Krisenländern und Deutschland verringern. Eine Regierung, in der teils bis heute der Austritt Griechenlands aus dem Euro gefordert wird, könnte endlich solidarisch handeln. So würden Menschen in Deutschland und Menschen in Griechenland, Spanien und Portugal gleichermaßen profitieren. So ginge soziales Europa. Geben Sie Europa endlich wieder eine Chance!

- (D) Ich danke den Kolleginnen und Kollegen der SPD für den Antrag, der diese Kritik aufgreift. Es ist schade, dass die Bundesregierung für solche Kritik kaum offen ist. Herr Rösler behauptet: „Das Programm ruht auf breiten Schultern. Verbände, Sozialpartner und auch die Länder waren beteiligt.“ In derselben Debatte musste er einräumen, die Frist sei „vergleichsweise kurz“ gewesen. Drei Arbeitstage lang hatte das Ministerium zugestanden. Das ist ein interessantes Zeichen dafür, wie wichtig der Regierung die Zusammenarbeit mit Verbänden und Gewerkschaften ist.

Zum Glück haben Sie nach der Debatte und der zu erwartenden Kritik der EU-Kommission mehr als drei Tage Zeit, ein Programm mit ernsthaften Zielen zu formulieren. Nutzen Sie diese Zeit! 16 Millionen allein in Deutschland von Armut bedrohte Menschen haben eine bessere Politik dringend verdient.

Hans-Joachim Otto, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie: Die Bundesregierung hat am 21. März das Nationale Reformprogramm 2012 verabschiedet. Das Dokument ist deutlicher Beleg für unsere erfolgreiche Regierungsarbeit. Mit dieser Erfolgsbilanz können wir uns in Brüssel wirklich sehen lassen. Die Europäische Kommission hatte uns für das Programm ambitionierte Vorgaben und einen engen Zeitplan gesetzt. Wir haben die Länder intensiv an der Erarbeitung beteiligt. Mit den Verbänden und Sozialpartnern haben wir Gespräche geführt und ihre Stellungnahmen berücksichtigt. Im Ergebnis ist festzuhalten: Deutschland hat seine Verpflichtungen eingehalten und einen wichtigen Beitrag für Stabilität, Wachstum und Beschäftigung in Europa geleistet.

Wir haben bei der Umsetzung der Europa-2020-Strategie konkrete, sichtbare Fortschritte gemacht. Das gilt für alle EU-2020-Ziele und ist ausgesprochen erfreulich.

(A) Mit ihrem Antrag, das Nationale Reformprogramm stärker auf soziale Ziele zu fokussieren, hinkt die SPD wieder einmal der Realität hinterher. In dieser Woche hat das Statistische Bundesamt Zahlen zum europäischen Vergleich bei der Armutsgefährdung und der Einkommensungleichheit veröffentlicht. Fakt ist: Deutschland liegt in Sachen Armutsgefährdung unter dem europäischen Durchschnitt und unter dem Durchschnitt der Euro-Länder. Bereits jetzt haben wir die von der EU für 2020 angestrebte Beschäftigungsquote von 75 Prozent praktisch erreicht. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist im Vergleich zum Jahr 2008 um rund 15 Prozent gesunken. Der Anteil der Menschen mit Hochschul- oder vergleichbarem Bildungsabschluss übersteigt das EU-Ziel deutlich. Wir investieren massiv in Bildung und Forschung. Bildung und Beschäftigung zu sichern ist für uns auch in Zukunft das beste Mittel, um Armut zu bekämpfen. Flexibilität und Effizienz des deutschen Arbeitsmarktes sind auch weiterhin entscheidend, um mehr Beschäftigung und Wachstum in Deutschland zu erreichen.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt sind wir dabei einen wesentlichen Schritt weitergekommen. Wir setzen gezielte Schwerpunkte – weg von der Versorgung mit Maßnahmen der öffentlich geförderten Beschäftigung, hin zu einer wirkungsvollen Aktivierungs- und Integrationsstrategie mit mehr Entscheidungskompetenzen der Vermittler vor Ort. Damit ergänzen wir die Arbeitsmarktrefor-men, die auch von der SPD Mitte des vergangenen Jahrzehnts eingeleitet wurden. Die Koalition hat diese Reformen weiterentwickelt und zum Erfolg geführt. Aber die SPD vollzieht jetzt leider mit ihrem Antrag eine völlige Kehrtwende. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wollen den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Das gefährdet die in Deutschland bewährte Tarifautonomie und kostet Arbeitsplätze. Sie wollen die Öffnung der Zeitarbeit rückgängig machen. Und dabei vergessen Sie, dass für viele Arbeitslose gerade dies der Weg in eine dauerhafte Beschäftigung ist.

Ihr Antrag ist rückwärtsgewandt. Das, was Sie selbst mit eingeleitet haben und was sich jetzt am Arbeitsmarkt auszahlt, stellen Sie infrage. Deshalb lehnen wir den Antrag ab. Die Bereitschaft der Unternehmen, auch in Zukunft weiter einzustellen, hängt wesentlich davon ab, dass der Arbeitsmarkt flexibel bleibt. Genau hierfür steht diese Bundesregierung.

(C)

(D)

